



QUERGEDACHT
DI DR. KLAUS WOLTRON

DESPOTEN IM TALAR

In Brüssel wirkt eine geheime Nebenregierung, welche oft gegen die Interessen der Bürger entscheidet. Aus Tausenden Paragraphen werden verhängnisvolle Beschlüsse konstruiert.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) erließ jüngst ein bedeutsames Urteil: Afghaninnen haben „aufgrund des frauenverachtenden Taliban-Regimes“ ein generelles Recht auf Asyl in der EU. Was wird dieser richtungsweisende Spruch in Zukunft auslösen?

Die Rechte der Frauen werden in vielen muslimischen, Ländern missachtet. Saudi-Arabien, der Sudan, Jemen, Kongo, Mali, Pakistan – all diese sind üble Beispiele. Wird die automatische Asylberechtigung in Europa bald auch Frauen aus diesen Ländern zugestanden? Das würde einen Freibrief zur Asylgewährung für etwa 260 Millionen Frauen bedeuten, samt der Erlaubnis zum späteren Familiennachzug. Wenn auch nur ein winziger Bruchteil diese vom EuGH geöffnete Tür durchschreitet, ist es bald vorbei mit der europäischen Kultur und den bisherigen Rechten der etwa 230 Mio. europäischen Frauen. Die jüngste Entscheidung des EuGH zeigt, dass die EU ihre Mitgliedsstaaten in der Frage Migration vergewaltigt. In Form formalistischer Auslegung teils überholter Gesetzwerte werden Beschlüsse gefasst, die für jeden Klardenkenden völlig

widersinnig sind und den Interessen der Mitgliedsstaaten schaden. Während deren Innenminister zusammentraten, um die im Frühjahr beschlossene Reform der europäischen Migrationspolitik in die Tat umzusetzen, verabschiedeten die Richter Maßnahmen, die exakt in die Gegenrichtung weisen. Die Anliegen der Bürger kollidieren zunehmend mit den praxisfernen Dekreten der Gerichte – nicht nur jener in Brüssel. Auch hierzulande läuft die Auslegung der Gesetze sehr oft in eine Richtung, die nicht mehr vernünftig zu vermitteln ist.

DIE EUOKRATEN FESSELN EINANDER SELBST

So fesseln sich die Eurokraten in Brüssel und auch die Juristen hierzulande selbst, während die internationalen Schlepper ihre Milliardenengeschäfte abwickeln und Europa mit Millionen kulturfremder Migranten fluten. Einzelne Staaten, die sich diesem Irrsinn entgegenstellen, werden von der Häuptlingsfrau in Brüssel mit Zornesfalten und harschen Worten streng gemäßregelt. „Brüssel locuta, causa finita!“ Heißt es, in Anlehnung an die Gebräuche im Vatikan, wo das letzte Wort des Papstes für die gesamte Christenheit gilt. Übersetzt: „Brüssel – einst Rom – hat gesprochen; die Sache ist erledigt.“

„Der Talar dient uns auch als Erinnerung an die bescheidene Stellung, die wir Richter in einer Demokratie einnehmen sollen.“ (Neil McGill Gorsuch, Richter am Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten) Diese Erkenntnis sucht man im EuGH,

der obersten rechtsprechenden Instanz der EU, der ohne jegliche weitere Kontrolle agiert, vergeblich.

AUS TAUSENDEN PARAGRAFEN WIRD DAS POLITISCH KORREKTE

Die Gerichte haben sich in der ungeheuren Gesetzesflut, einer Mischung aus weltweit, europäisch und national geltenden Kodizes, unrettbar verheddert. Der Europäische Gerichtshof beschäftigt 27 Richter und 11 Generalanwälte. Jeder Mitgliedsstaat der Europäischen Union entsendet mindestens einen Richter, Österreich wird durch Andreas Kumin, 2018 nominiert von der damaligen ÖVP-FPÖ-Regierung, vertreten. Das Gremium hat sich die (unlösbare) Aufgabe gestellt, aus den Tausenden Paragraphen der nachfolgenden Vorschriften den jeweils kleinsten gemeinsamen Nenner herauszudestillieren.

- 1948: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
- 1949: Genfer Konvention
- 1969: Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge zwischen Staaten
- 1992: Vertrag von Maastricht
- 1997: Vertrag von Amsterdam
- 2000: Charta der Grundrechte der Europäischen Union
- 2001: Vertrag von Nizza
- 2006: Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG, Österreich)
- 2007: Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
- 2007: Vertrag von Lissabon

Zu alledem kommt, dass das Recht der Europäischen Union keine verbindliche sprachliche

WARNERIN.
Irmgard Griss (78).
Von 2007–2011 Präsidentin
des Obersten Gerichtshofs.





Fassung kennt. Es liegt in 24 verschiedenen Sprachen vor.

**DAS EIGENTLICHE ZIEL:
ENTMÜNDIGUNG DER STAATEN**

„Je verdorbener ein Staat ist, desto mehr Gesetze braucht er.“ (Publius Cornelius Tacitus, 54–120 n. Chr.). Dies stellte der berühmte Historiker auf dem Höhepunkt der Ausdehnung des Römischen Reiches fest. Zu dieser Zeit zeichnete sich bereits der beginnende Verfall des Imperiums ab. Auch immer neue Gesetze konnten am Abstieg nichts ändern. Wenn man es Paragrafenhengsten überlässt, aus einem Wust einander widersprechender Gesetze praktikable Regeln herauszudestillieren, tritt oft das Gegenteil dessen ein, was der gesunde Menschenverstand sagt. Man sollte daher dem Europäi-

**GÖTTER IM OLYMP.
Der EuGH (Europäischer Gerichtshof).
Im Zweifel gegen die eigene Bevölkerung.**

schen Rat, der sich aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten zusammensetzt, ein Einspruchsrecht bei praxisfernen Grundsatzentscheidungen des EuGH einräumen.

Ein Staat, der sich von einer undemokratisch agierenden Obrigkeit und formalistisch agierenden Paragrafenreitern vorschreiben lässt, die halbe Welt zu beherbergen, verdient nicht, Staat benannt zu werden. Er ist ein ohnmächtiger Popanz, ein Spielball fremder Einflüsse und Mächte und sollte einbekennen,

unfähig zu sein, die Interessen seiner Bürger zu vertreten und sich selbst abschaffen. Parlament, Regierung, Landesregierungen, Präsident – all das wäre überflüssig.

Ein Gouverneur von Brüssels Gnaden würde vollkommen ausreichen, um all das umzusetzen, was die wahren Herren unseres Landes, fern unserer Grenzen, wirklich anstreben: ein gesichtsloses Gemenge aus Kulturen und Ethnien, leicht zu steuern, zu jedem Konsum per multikultureller Werbung zu gewinnen, für jeden Krieg im Interesse Dritter zu motivieren, ohne eigenen Willen, durch zahllose innere Konflikte gelähmt. Ein hilfloser Anhang des von sich selbst gefesselten Europa, ausgeschieden aus dem freien Wettbewerb der Kulturen und Völker. ■

**PRAXISFERNE PARAGRAFENREITER BESTIMMEN
GRUNDSATZFRAGEN DER EU.**